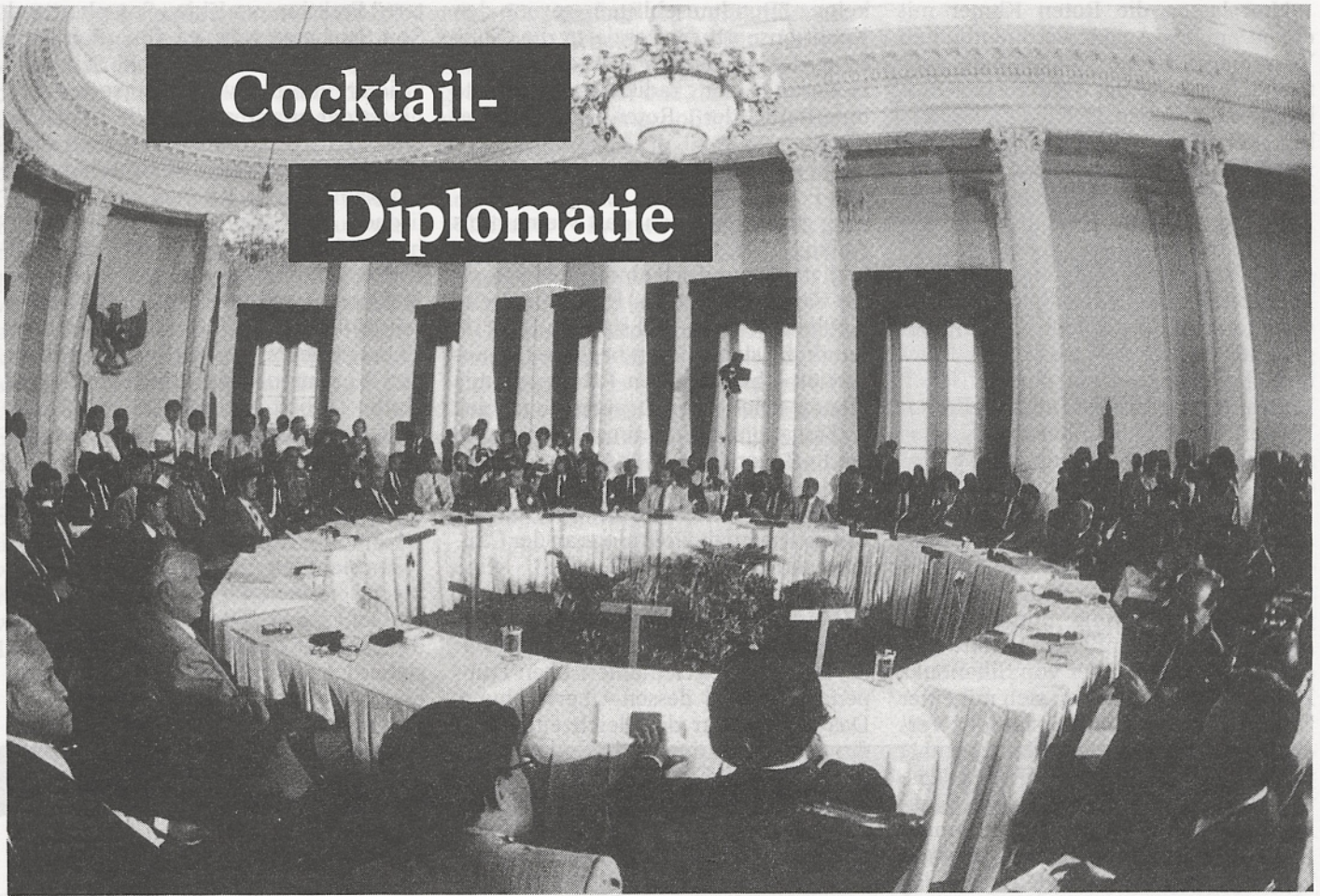


Cocktail-

Diplomatie



Jakarta Informal Meeting

Foto: AW

Vom 25. bis 28. Juli trafen sich im indonesischen Kurort Bogor nahe Jakarta die am Kambodscha-Konflikt beteiligten Parteien zu einer informellen Gesprächsrunde. Das "Jakarta Informal Meeting" (JIM) wurde vom indonesischen Außenminister Ali Alatas organisiert, der eine unter dem Schlagwort "Cocktail-Party" firmierende Idee seines Amtsvorgängers Mochtar von 1985 verwirklichte. Das Arrangement war sorgfältig durchdacht. An den Vormittagen der Konferenztage diskutierten zunächst die Kambodschaner untereinander. Hun Sen, der Vertreter der provietnamesischen Regierung sprach mit Son Sann (KPNLF), Khieu Samphan (Rote Khmer) und Norodom Ranariddh (FUNCINPEC), den Repräsentanten der antivietnamesischen Widerstandskoalition. Nach den morgendlichen Gesprächsrunden gesellten sich den vier Khmer-Delegationen Vertreter "interessierter" Staaten zu. Neben Vietnams Außenminister Nguyen Co Thach waren Delegationen aus Laos und den ASEAN-Staaten Thailand, Indonesien, Malaysia, Singapur und Brunei anwesend.

Ein greifbares Resultat hat das JIM nach Meinung der meisten Konferenzbeobachter nicht gebracht. Die Kriegsgegner wiederholten ihre bekannten

Positionen, ohne größere Kompromißbereitschaft zu zeigen. Ali Alatas wertete die Tatsache, daß das Treffen überhaupt stattfand, als großen Erfolg. In der Tat war lange Zeit fraglich, ob Vietnam und das Heng-Samrin-Regime die Roten Khmer als Gesprächspartner akzeptieren würden. "Mörderbanden werden im internationalen diplomatischen Geschäft zwischen größeren Mächten nicht mehr gebraucht", räsionierte René Wagner im Vorfeld des JIM (FAZ, 24. Juni 1988).

Die wegen ihrer blutigen Herrschaft diskreditierten Roten Khmer dienten auf der Konferenz als Zielscheibe für massive Angriffe des Phnom Phener Ministerpräsidenten Hun Sen und seines vietnamesischen Amtskollegen Nguyen Co Thach. Hanoi wolle spätestens bis 1990 zu einer Lösung kommen, bekräftigte Nguyen Co Thach, der ferner erklärte, er unterstütze die Idee eines internationalen Kriegsverbrecherprozesses gegen die Führer der Roten Khmer (Süddeutsche Zeitung, 29. Juli 1988). Sogar der Konferenzleiter Alatas stimmte der Ansicht zu, daß ein Junktim geschaffen werden müsse zwischen einem vietnamesischen Truppenabzug aus Kambodscha und "einer politischen Gesamtlösung sowie der Verhinderung einer Wiederkehr der

völkermörderischen Politik und Praxis des Pol-Pot-Regimes" (FEER, 11. August 1988). Optimistische Konferenzbeobachter stellten "aufgeweichte Fronten" und eine "zunehmende Isolierung" der Roten Khmer fest (Neue Zürcher Zeitung, 28. Juli 1988).

Harsche Kritik an der Sturheit sowohl des Heng-Samrin-Regimes als auch der Roten Khmer übten Son Sann und Prinz Sihanouk. Sihanouk war kaum zwei Wochen vor Konferenzbeginn als Präsident der Widerstandskoalition zurückgetreten und hatte sich durch diesen Schritt offensichtlich einen größeren Handlungsspielraum gegenüber Vietnam/Heng Samrin erhofft. Als Schlüsselfigur bei jeglicher politischer Lösung des Kambodscha-Problems hielt sich Sihanouk – er weilte während der Konferenztage als Gast des indonesischen Präsidenten Suharto in Jakarta – im Hintergrund. Er wartete auf ein Entgegenkommen der gegnerischen Seite. Aber Hun Sen lehnte Sihanouks Vorschlag, noch vor allgemeinen Wahlen die "Volksrepublik Kampuchea" aufzulösen, brüsk ab. Hun Sen erhob ebenso wie Khieu Samphan Einwände gegen die Verschmelzung der vier kambodschanischen Streitkräfte zu einer nationalen Armee, die überwacht von einer UN-Friedenstruppe zu vollziehen sei.

Nun lassen die Roten Khmer mit einem am 15. August veröffentlichten Vorschlag für eine "umfassende politische Regelung des Kampuchea-Problems" aufhorchen. Der aus 13 Punkten bestehende, von Khieu Samphan unterzeichnete Vorschlag fordert, daß keine kambodschanische Partei zukünftig die Politik des Landes dominieren dürfe. Ferner solle eine nationale Armee mit gleich starker Beteiligung aller vier Fraktionen unter einem gemeinsamen Oberkommando gebildet werden. Der gesamte Friedensprozeß in Kambodscha einschließlich der faktischen Entwaffnung größerer Teile der Roten-Khmer-Armee habe unter einer "internationalen Überwachung" stattzufinden (Typoscript des DK, 15. August 1988; der Redaktion liegt der vollständige Text vor). Mit diesem sehr weitreichenden Angebot will die Partei Khieu Samphans ihre in Bogor sichtbar gewordene Isolierung durchbrechen. Nur in einem wesentlichen Punkte weichen die Roten Khmer von Sihanouks Position ab. Sie erklären sich mit einer "internationalen Kommission der Vereinten Nationen" für Kambodscha, jedoch nicht mit einer "UN-Friedenstruppe" einverstanden. Sowohl Sihanouk als auch die Regierung in Phnom Penh sind nun aufgefordert, in einer konstruktiven Weise auf den Vorschlag Khieu Samphans zu antworten.

Sihanouks Verhältnis zu den Roten Khmer ist ambivalent. In einem Interview, das der Prinz am 31. Juli nach dem JIM dem Londoner "The Guardian" gab, betonte er, es sei "notwendig, die Khmer Rouge in eine kambodschanische Vier-Parteien-Regierung einzuschließen". Im gleichen Atemzuge identifiziert Sihanouk die Koalitionsregierung mit den Roten Khmer, diese wiederum mit ihrem inzwischen weitgehend entmachteten Ex-Führer Pol Pot. Da Pol Pot und seine Clique mit "Hitler und den SS-Nazis" gleichzusetzen seien, müsse die internationale Staatengemeinschaft sie vor eine Art "Nürnberger Gerichtshof" bringen. Sihanouks Koalitionspartner, dem prowestlichen Son Sann, wird eine Komplizenschaft mit den Roten Khmer vorgeworfen. Son Sann beabsichtigt lediglich die "Zerstörung" von Sihanouks Armee, deshalb kooperiere er eng mit Khieu Samphan (Typoscript Sihanouks, 31. Juli 1988).

Sihanouks Vorwürfe sollten nicht allzu wörtlich genommen werden. Schließlich geht es ihm primär um die maximale Stärkung seiner eigenen Fraktion in zukünftigen Verhandlungsrunden. In privaten Gesprächen drücken FUNCINPEC-Vertreter in Bangkok jedoch recht offen ihren Respekt vor Khieu Samphan und dem von ihm repräsentierten "gemäßigten" Flügel der Roten Khmer aus. Wichtig seien

keine "Rundumschläge" gegen den Koalitionspartner, sondern die Stärkung der moderaten Kräfte sowie die Isolierung der radikalen Elemente innerhalb der Roten-Khmer-Bewegung.

Bei aller Abscheu vor den Greultaten des Pol-Pot-Regimes, muß in Erinnerung gerufen werden, daß Vietnam bis Anfang 1978 das Pol-Pot-Regime verteidigt hatte und erst einmarschierte, als die Säuberungswellen in Kambodscha bereits verebten und sich die Lage im Lande zu stabilisieren begann. Die angeblich humanitären Beweggründe Hanois seien folglich pure Heuchelei, so Singapurs Außenminister Dhanabalan in Bogor (FEER, 4. August 1988).

Aus thailändischer Sicht hat Hanoi auf dem JIM einen Punktsieg errungen. Khien Theeravit, Politologe an der Chulalongkorn Universität, faßt seine harsche Kritik wie folgt zusammen: "JIM ist an der Lösung der zwei wichtigsten Probleme gescheitert. Eines war der Zeitplan des vietnamesischen Truppenabzugs und dessen Überwachung. Das andere war die gleichzeitige Bildung einer Interimskoalitionsregierung mit besonderen Vorkehrungen, um den friedvollen Übergang zu einem Machtgleichgewicht unter den vier Koalitionspartnern sowie die Vereinigung der verschiedensten Streitkräfte zu garantieren ... Die weitaus größte Betonung wurde beim JIM auf die Greultaten des vergangenen Pol-Pot-Regimes gelegt, nicht auf die gegenwärtige vietnamesische Aggression. Dies war irreführend. Man sollte sich nicht zu der Ansicht verleiten lassen, daß die Pol-Pot-Untaten der eigentliche Grund für die vietnamesische Invasion und Okkupation Kampuchreas waren. Es war der vietnamesische Expansionismus." (The Nation, 4. August 1988)

Eine schnelle Lösung des Kambodscha-Problems ist nicht zu erwarten. Die Dynamik des Friedensprozesses wird vor allem von zwei Faktoren abhängen: von der chinesisch-sowjetischen Normalisierung und von der Haltung Sihanouks.

1. Die Kambodscha-Gespräche der chinesischen und sowjetischen Vize-Außenminister, die Ende August in Beijing stattfanden, brachten keine substantielle Annäherung der unterschiedlichen Standpunkte. China besteht weiterhin auf einer (25%-)Teilnahme der nationalistischen Roten Khmer an jeglicher kambodschanischen "Regierung der nationalen Versöhnung". Nur so könne eine Vorherrschaft der provietnamesischen Heng-Samrin-Gruppe wirkungsvoll verhindert werden.

Da China sich von der "radikalen" Gruppe um Pol Pot und Ta Mok zunehmend distanziert und auf die "gemäßig-

tere" Fraktion um Khieu Samphan und Son Sen setzt, wäre es sicherlich konstruktiv, wenn die sowjetische Seite präzisieren könnte, welche Personen sich hinter der unakzeptablen "Pol-Pot-Clique" verbergen. Immerhin hat ein sowjetischer Experte auf einer internationalen Kambodscha-Konferenz im australischen Brisbane zwei "koalitionsfähige" Khmer-Rouge-Politiker genannt: Khieu Samphan und Nuon Chea, den Stellvertreter Pol Pots an der KP-Spitze seit 1963 (FEER, 9. Juni 1988). Nuon Chea ist heute neben Khieu Samphan der Verantwortliche für die ideologische Arbeit in der Roten-Khmer-Bewegung, die sich offiziell "Partei des Demokratischen Kampuchea" nennt. (Gespräch des Verfassers mit Khieu Samphan, 16.4. 1988)

Hinsichtlich des "Roten-Khmer-Problems" können wir in der Sowjetunion ein langsames Umdenken feststellen, das von der vietnamesischen Führung sicherlich nicht geteilt werden dürfte. In einem Spiegel-Interview verwarf der Leningrader Historiker Daschitschew, dem enge Verbindungen zu Gorbatschow nachgesagt werden, die von seinen Gesprächspartnern suggerierte Gleichsetzung von Roten Khmer und Faschismus. Daschitschew plädierte für eine differenzierte Betrachtungsweise: "Die Formen der Einflußnahme auf negative Entwicklungen in sozialistischen Ländern müssen wir uns heute ganz anders vorstellen als früher. Ein militärisches Engagement wie in Afghanistan ist heute ausgeschlossen. Das bedeutet nicht, daß wir tatenlos zusehen müssen bei Vorgängen wie in Kambodscha unter Pol Pot. Das war übrigens kein Faschismus, sondern eine eigentümliche Vermischung von Stalinismus und Maoismus; wir nennen das 'Kasernen-Sozialismus'. (Der Spiegel 27/1988, S. 126)



Pol Pot

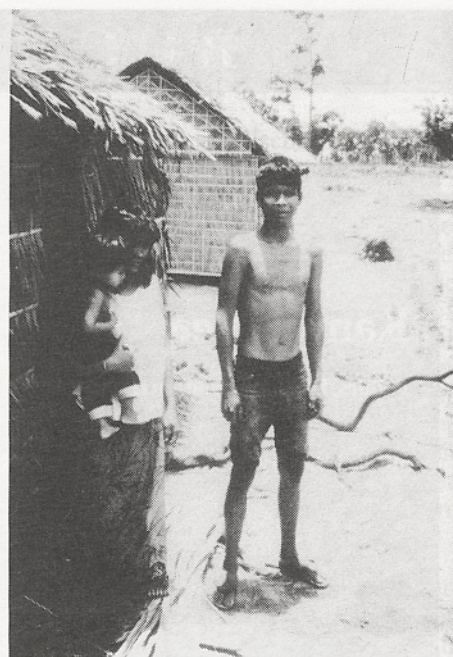
2. Sihanouk genießt unbestritten die Zustimmung der großen Mehrheit des kambodschanischen Volkes. Keine dauerhafte Lösung des Kambodscha-Problems ist ohne ihn denkbar. Doch Heng Samrin und Hun Sen werden nicht freiwillig ihre Position räumen. Ohne die Unterstützung seiner beiden Koalitionspartner kann Sihanouk niemals den notwendigen Druck auf die gegnerische Seite ausüben. Sihanouk verschaffte den Roten Khmer eine fade internationale Reputation, wie umgekehrt diese durch ihren Widerstandskampf Sihanouks Verhandlungsposition entscheidend verbesserten. Sollte Sihanouk diese Zusammenhänge aus den Augen verlieren, könnten sich am Ende die Führer der VRK als strahlende Sieger erweisen und den Prinzen lediglich als Camouflage benutzen, ähnlich wie er in den 70er Jahren von den Roten Khmer als Tarnung mißbraucht worden war. Auf einer Kadersitzung am 18. Juni 1987 hatte Hun Sen folgende Marsch-

route für Kambodscha-Verhandlungen festgelegt: "Unser Politbüro ist der Ansicht, daß wir diesen Krieg nicht gewinnen können und daß es notwendig ist, durch eine politische Lösung voranzukommen ... In den Verhandlungen werden wir feilschen, wir werden auch bezüglich administrativer und politischer Fragen Zugeständnisse machen, doch der Feind darf hier seine Organisationsstruktur und seine Streitkräfte nicht einbringen können.

Wir müssen dem Feind Waffen in die Hand geben, sich gegenseitig zu bekämpfen. Wir werden versuchen, Sihanouk einen Knüppel zu liefern, mit dem er die Chinesen und die USA schlagen kann. Denn Sihanouk hat ziemlich gute Karten, und wir müssen ihn in diesem Sinne ermutigen."

(Inoffizielle Übersetzung)

Volker Grabowsky



Flüchtlingslager Site B verwaltet von Sihanouks
Foto: Volker Grabowsky

BUCHVORSTELLUNGEN

Im folgenden stellen wir kurz vier Bücher zu Kambodscha vor, die in den letzten Wochen bei uns eingegangen sind. Wir möchten sie jedoch zu einem späteren Zeitpunkt ausführlich besprechen lassen. InteressentInnen hierfür mögen sich bei uns melden.

Eva Mysliwiec;

Punishing the Poor - The International Isolation of Kampuchea;

Oxford: Oxfam 1988, 172 S.

Wie die Autorin im Vorwort schreibt, ist dieses Buch entstanden aus einer Initiative von 20 Nichtregierungs-Organisationen aus Australien, Europa, Japan und den USA, die seit 1979 in Kambodscha und an der Grenze zu Thailand arbeiten. Es ist eine Aufforderung an die Weltöffentlichkeit und insbesondere an die westlichen Staaten, die Isolierung Kampuchreas aufzugeben und Entwicklungshilfe zu leisten.

"Es ist so, als ob das kampucheanische Volk für die vietnamesische Präsenz in seinem Land bestraft würde. Auf der einen Seite wirft man ihm vor, Marionette Vietnams zu sein, andererseits jedoch erzeugen die westlichen Nationen durch die Isolierung Kampuchreas eine 'self-fulfilling prophecy'." (S.ix)

Dies ist die Anklage der Autorin, die das Motto ihres Buches ausmacht. Zum Inhalt des Buches schreibt sie selbst:

"Punishing the Poor' zeichnet die Spuren des Kampfes nach, den das kampucheanische Volk zur Überwindung der zwei Kriegsperioden und des brutalen Khmer-Rouge-Regimes führt. Es hebt beides hervor, die bemerkenswer-

ten Erfolge des kampucheanischen Volkes seit 1979 und die vielen Probleme, die immer noch eine endgültige Erholung des Landes verhindern.

Die schwierigen Umstände des Wiederaufbaus und der Entwicklung des Landes werden herausgearbeitet. Schließlich wird das Buch abgeschlossen mit Vorschlägen, die darauf abzielen sollen, das wiederherzustellen, was das geschundene Land am meisten braucht und wünscht - Frieden." E.M. fordert am Ende des Buches:

- Wiederaufbau und Entwicklungshilfe für Kambodscha ungeachtet politischer Überlegungen
- Aufgabe aller Formen der Unterstützung für die Führer der Khmer Rouge, die für den Völkermord verantwortlich sind
- Verlegung der Flüchtlingslager, weg von der thai-kambodschanischen Grenze; Hilfe nur dort, wo die Verteilung kontrolliert werden kann; keine Hilfe für Kämpfer und solche, die den Widerstand unterstützen wollen; Hilfe auch für die Kambodschaner, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, sowie Rückkehrhilfe für alle, die in die PRK zurückkehren wollen
- Unterstützung neuer diplomatischer Initiativen für eine politische Verhandlungslösung.

